

Suchen



Von der Kriegsdienstverweigerung zur Kriegstreiberei

27. Dezember 2024

Johannes Schillo

32 Kommentare



Bild: Beyerw/[CC0](#)

Wo sind sie hin, die Anhänger der Gewaltfreiheit im friedenspolitisch geläuterten Deutschland, all die Verweigerer, die es einmal gab? Ja, wo sind sie geblieben? Was ist geschehen?

Die Wehrpflicht kommt wieder – erneuert, erweitert, verbessert, wie auch immer. Darüber gibt es, jedenfalls im Grundsatz, eine große christ- und sozialdemokratische Einigkeit. Im CDU/CSU-Wahlprogramm wird eine [aufwachsende Wehrpflicht](#) gefordert. Und das Verteidigungsministerium arbeitet schon einmal am Aufwuchs, auch wenn seinem Kanzler das Vertrauen fehlt. [Pistorius](#) hat es jedenfalls angewiesen, „die Parameter zur Einführung eines neuen Wehrdienstes weiter auszuplanen und gemeinsam mit der Umsetzung zu beginnen“.

Wo die Pflicht zum Kriegsdienst auf die Tagesordnung gesetzt wird, kommt natürlich – speziell in Deutschland, wo dem WK-II-Verlierer einst eine Entmilitarisierung verordnet und ein Artikel 4,3 im Grundgesetz zugestanden wurde – wieder das Grundrecht auf Kriegsdienstverweigerung (KDV) zu politischer Bedeutsamkeit. Es besteht ja auch bei ausgesetzter Wehrpflicht weiter fort und wird [in Anspruch genommen](#). In der Friedensbewegung wird über diese Option diskutiert, ihre Zeitschrift [Friedens-Forum](#) wird das in der Nr. 2/25 dokumentieren. Und im Netz gibt es bereits einschlägige [Anleitungen](#) für Interessenten (sogar Interessentinnen!), angeblich könnte es sich „lohnen, schonmal die Kriegsdienstverweigerung anzugehen“.

Eine exemplarische bundesdeutsche Polit-Karriere

Ein KDV-Antrag bedarf nämlich einiger Vorbereitung. Man kann diese Möglichkeit nicht wie das Grundrecht auf Meinungs- oder Glaubensfreiheit einfach so in Anspruch nehmen. Kriegsdienstverweigerung, von Anfang an mit gewissen bürokratischen Hürden versehen, führte auch in den zehn Jahren nach der Wiederbewaffnung ein Schattendasein und stieg erst danach, im Zuge der Unruhen von APO und antiautoritärer Revolte, zu einer Massenbewegung auf. Sie erwarb sich sogar später, als Zivis viele nützliche Dienste leisteten, ein positives Image. Und last but not least ist daran zu erinnern, dass sie wesentliche Teile der politischen Klasse geprägt hat, vor allem beim rotgrünen Nachwuchs, wo Verweigerung fast schon zum guten Ton gehörte.

Kanzler Scholz und Vizekanzler Habeck konnten es z.B. damals nicht mit ihrem Gewissen vereinbaren, auf Menschen zu schießen. Regiert wurden wir ja in der letzten Zeit von einem [„Ampelkabinett aus Wehrdienstverweigerern“](#). Thematisiert wird das in der Öffentlichkeit bei Gelegenheit. Im April 2022 war Olaf Scholz zu Gast bei [„Deutschland3000“](#), um mit Eva Schulz über den russischen Krieg gegen die Ukraine zu sprechen – und über seine eigene Kriegsdienstverweigerung Ende der 70er Jahre. Auf die Frage der ARD-

Moderatorin, wie er seine Verweigerung begründet habe, kam folgende Antwort:

„Also, ich kannte mich mit dem Thema aus und deshalb hab ich das begründet mit Erfahrungen, die ich gemacht habe, Erzählungen auch meiner Eltern über ihre Kriegserfahrungen, mit Dingen, die mich später bewegt haben, mit humanistischen Perspektiven, wie sie mit Martin Luther King verbunden waren, aber eben auch, indem ich mir einen Witz erlaubt habe und gesagt habe, ich hätte alle Bücher von Karl May gelesen und die jeweiligen Helden hätten niemals jemanden getötet, auch wenn da viele Leute in den Büchern ums Leben gekommen sind. Das hätte mich moralisch sehr geprägt. Irgendwie bin ich mit dem Witz durchgekommen.“

Kurz kommt Heiterkeit auf bei Herrn Scholz und Frau Schulz, die (laut Auszeichnung von 2020) Deutschlands besten Interview-Podcast moderiert. Was soll man dazu sagen? Bei lebensentscheidenden Stationen mit Witzen aufwarten und die Blödelei auch noch verbreiten? Hat man hier einen [„inkompetenten Narren“](#) vor sich, wie der hochkompetente Elon Musk vermutet? Nein, es ist schlimmer, es handelt sich nicht um einen Einzelfall, sondern um einen typischen bundesdeutschen Karrierepfad.

Gewaltfrei im Krieg ankommen

Scholz war nicht nur Verweigerer, sondern auch von 1982 bis 1988 stellvertretender Juso-Vorsitzender sowie Verbindungsmann zur Friedensbewegung, wo er die Demonstrationen gegen den NATO-Doppelbeschluss mitorganisierte. Währenddessen formulierten die Grünen, die im Zuge der Friedensbewegung entstanden, als einen ihrer Grundwerte gleich die „Gewaltfreiheit“ und bewerkstelligten damit ihren Aufstieg zur Politikfähigkeit. Und jetzt sitzt diese [Generation](#) „an den Schaltstellen der Macht“, so wundern sich bei Gelegenheit immer noch Fachleute und Laien! Nicht die Scharfmacher vom konservativen Stahlhelmflügel der Nation sind es, sondern die ehemaligen Friedenshänger, die Deutschland in den großen, seit 70 Jahren anstehenden Krieg treiben.

Eine Außenministerin Baerbock macht die Ansage, dass „wir“, moralisch gesehen, bereits im Krieg mit Russland sind. Rotgrün strebt dessen Ruin an und will, im Konsens mit Frei- oder Christdemokraten, alles für die weitere Kriegsertüchtigung tun. Das Ganze im Bunde mit einer NATO, die eine echte [„Kriegsmentalität“](#) fordert und auch schon mit Terminangaben für den Dritten Weltkrieg aufwartet, sowie unterm Schutzschild der USA, deren Weltherrschaft gerade auf das Kommando eines (so US-Rivalen und auswärtige Experten:) wahnsinnigen Faschisten hört, was ein paar Unsicherheiten mit sich bringt.

Wer sich darüber wundert, hat allerdings zwei Dinge übersehen. Erstens die Vorgeschichte des neuen deutschen Militarismus und zweitens den systematischen Grund, der politisch denkende Menschen zu diesem eigenartigen Übergang – von der Verweigerung zum glatten Gegenteil – bewegt. Dazu hier einige Anmerkungen.

Deutsches Militär wieder da

Der erste Punkt dürfte den heutigen Resten der Friedensbewegung kein Geheimnis sein. Es war ja gerade der grüne Anspruch auf „robuste“ Durchsetzung von Menschenrechten, der neue „Bellizismus“ von Gutmenschen, der nach der Wende im Osten die Weichen hin auf Kriegsbeteiligung stellte und der schließlich im Bündnis mit der Sozialdemokratie 1999 – in einem völkerrechtswidrigen Angriffskrieg, wie [Kanzler Schröder](#) später einräumte – Serbien zur Räson brachte. Nämlich Jugoslawien abschließend mit einem Bombenhagel beibrachte, wie die Regeln im vielbeschworenen Gemeinsamen Haus Europa aussehen. Und damit klarstellte, dass die EU mit ihrer Führungsmacht Deutschland bei der Neuordnung des Kontinents das Sagen hat – und nicht Moskau, das unter Gorbatschow ja gerade zu erkennen gegeben hatte, dass es der NATO-Feindschaft mit ihrer Nach- und Totrüstungsdrohung nicht mehr gewachsen war.

Bei den ersten Bürgerkriegen in Kroatien oder Bosnien, deren nationalistischen Furor der Westen anheizte und antiserbisch dirigierte, schürten die Grünen an vorderster Front die Stimmung, um die direkte militärische Beteiligung Deutschlands auf den Weg zu bringen. Kanzler Kohl dagegen zögerte und berief sich auf die „historische Verantwortung“. Deutsche Schuld hatte ihn natürlich vorher bei keiner antisowjetischen Auf- oder Nachrüstungsmaßnahme belastet. Aber in dieser Umbruchphase der 90er kriegerisch vorzupreschen – das zeigte ja dann die spätere Einschaltung der USA – setzte militärische Potenzen voraus, die Deutschland nicht zu bieten hatte. Es setzte also die maßgebliche US-Entscheidung voraus, die dann von Figuren wie Albright, Biden, Clinton kam.

Aber ideologisch waren die Grünen als Wegbereiter wichtig. In der Partei bedurfte dies einiger Auseinandersetzungen, mit alter Politikdistanz musste aufgeräumt werden. Außenminister Fischer befragte seine KontrahentInnen und die politische Öffentlichkeit, in der man wahlkämpferisch Punkte machen wollte: „Können Pazifisten, kann gerade eine Position der Gewaltfreiheit den Sieg der brutalen, nackten Gewalt in Bosnien einfach hinnehmen? Können wir Prinzipien höher stellen als Menschenleben, und was wird aus unserem Prinzip der Gewaltfreiheit, wenn es sich vor der menschenverachtenden Gewalt beugt?“ (Frankfurter Rundschau, 2.8.1995)

Aus dem Prinzip wird erst dann etwas, wenn es selber bereit ist, Menschenleben zu opfern! Denn das ist ja die Realität von Kriegen, die in den 90ern freilich noch (und das galt auch lange für den folgenden Afghanistankrieg) unter dem Ticket „Friedenseinsätze“ liefen. Das Prinzip gebot also nach der neuen Linie sein genaues Gegenteil – eine irre Logik, die sich aber durchsetzte. Und so war mit der Unterscheidung zwischen menschenverachtender und menschenachtender Gewalt das [bekannte Geschäft](#) dieser Partei etabliert, mit fundamentalistischer Sicherheit gute und böse politische Kräfte zu sortieren.

Gewissenhafte Verweigerer

Die weitere Entwicklung ist bekannt. Deutschland machte bei der militärischen „Befriedung“ Jugoslawiens mit, dann in Afghanistan, im Irakkrieg nur am Rande, da hier der nationale Ertrag zweifelhaft erschien, und wurde schließlich zu einem der größten NATO-Truppensteller bei Auslandseinsätzen. Insofern ist die Verwunderung darüber, dass Sozialdemokraten und Grüne heute Einiges an Militarismus aufzubieten haben, fehl am Platz. Es handelt sich um die konsequente Fortsetzung der Linie, die unter Schröder & Fischer eingeschlagen wurde. Und auch gegenwärtig ist es ja, wie damals gegen Milošević, noch nicht der ganz große Krieg gegen die feindliche Atommacht Russland. Man hat schließlich einen willfährigen Stellvertreter gefunden, der die Rolle des Frontstaates unter rücksichtsloser Opferung seines Menschenmaterials spielt.

Gerade über diese Rolle – die Möglichkeit, dass Deutschland zum atomaren Schlachtfeld wird – machten sich ja seinerzeit große Teile der Friedensbewegung Sorgen. Hier war mehr Nationalismus als Pazifismus im Spiel. Aber man muss sich auch einmal klar machen, dass im Pazifismus, wie ihn etwa der KDVler repräsentiert, selber eine Schwäche liegt, dass der dort übliche Moralismus auch zu blanker Selbstgerechtigkeit fähig ist. Ob stimmt, was Scholz über seine damalige Verweigerung erzählt, mag dahin gestellt bleiben (bekanntlich leidet er fallweise an Erinnerungslücken). In dem Bericht über deren läppischen Charakter steckt aber eine Wahrheit in Sachen KDV: Man muss sich dort als „moralisch geprägtes“ Individuum vorstellen.

Das ist die logische Konsequenz des hoch geschätzten Grundrechts aus Artikel 4,3 Grundgesetz. Man darf den Kriegsdienst nur aus Gewissensgründen verweigern. Man darf nicht mit politischen Einwänden gegen die Beteiligung an einem Krieg antreten, etwa mit einer Kritik am imperialen Ausgreifen der eigenen Nation auf fremde Herrschaften oder der Behauptung gegen deren Sicherheitsinteressen, und natürlich auf keinen Fall mit dem simplen Wunsch, sich lieber aus solch mörderischen Angelegenheiten herauszuhalten. Ein Ole Nymoen hätte mit seiner – ein paar rationale Gründe ins Feld führenden – [Weigerung](#), sich

an den Händeln der regierenden Warlords zu beteiligen, keine Chance auf Anerkennung.

Man ist nämlich als sittliche Person gefragt, daher die Rede vom Gewissen. Das soll ja eine Instanz im Menschen sein, die berühmte Stimme des Gewissens, die ihm dies und das ge- oder verbietet – tendenziell schon eine Mystifikation, denn wer in seinem Kopf Stimmen hört, ist bekanntlich ein Problemfall. Aber man muss sich nicht unbedingt religiös zur Nächsten- und Feindesliebe oder ähnlichen Kuriositäten bekennen, sondern nur die eigene Moralität als Berufungsinstanz ins Spiel bringen, sich also inszenieren, mit welchem Quatsch auch immer und sei es Karl May (natürlich nicht mit [Karl Marx!](#)). „Mit dem Thema“ kannte sich Scholz – gewiefter Taktiker von Jugend an – in der Tat aus.

Dem Gesetzgeber und den Prüfungsausschüssen reicht es dabei, diese Art der Personalisierung vorzuschreiben und damit eine Haltung der Kandidaten zu befördern, die als staatsbürgerliches Plus zu Buche schlägt: Hier bekennt sich jemand zur Ablehnung von Gewalt, die ja im Alltag der Konkurrenzgesellschaft sowieso gefordert ist, obwohl dort dauernd Anlässe zur Grenzüberschreitung geschaffen werden und, beginnend mit Sandkasten & Schulhof, entsprechende Ausraster produzieren. Hier dokumentiert also eine Person, dass sie die staatlichen Gebote buchstäblich verinnerlicht hat.

Und geprüft wird in dem Verfahren beim gewissenhaften Jungvolk noch eine andere staatsbürgerliche Leistung: die Bereitschaft, dem Kommando der Obrigkeit an allen anderen Stellen zu gehorchen und dort, wo man gebraucht wird, seinen Ersatzdienst zu leisten. Ein Ersatz für Personal, das sonst staatlicherseits Kosten verursachen würde, so dass dank seiner Einsparung mehr Geld in die Rüstung gesteckt werden kann. Und im Kriegsfall sind die zivilen Dienste in der Nation ja sowieso also Hinterland der Front verplant, wobei die Neujustierung des zivil-militärischen Verhältnisses, wie die Ansagen der Ampel-Regierung gezeigt haben, jetzt schon auf der Tagesordnung steht.

Man wird abwarten müssen, wie die Neufassung oder Wiederinkraftsetzung der Wehrpflicht im Einzelnen aussieht. Die Abschaffung des KDV-Rechts ist dabei kaum zu erwarten. Wird es nach dem Geist des Gesetzes ausgeführt, schafft es eine individualisierte Haltung, die nicht zu Opposition anregt. Natürlich kann man es als Möglichkeit zum antimilitaristischen Einspruch nehmen. Doch ist das mehrstufige Prüfverfahren so angelegt, dass auf dem Verwaltungswege die Anerkennungskriterien ohne großen Aufwand verschärft werden können: Die Ausschussmitglieder brauchen im Prinzip nur zu sagen, dass sie vom persönlichen Auftreten des Prüflings nicht beeindruckt sind, dass sie also nicht, wie im Fall Scholz, ein x-beliebiges Bekenntnis zur Menschenliebe durchgehen lassen...

Ähnliche Beiträge:

- [„Alte“ und „neue“ Friedensbewegung – immer noch getrennt?](#)
- [Friedensbewegung von links](#)
- [„Es gehörte großer Mut dazu, Pazifist in Deutschland zu sein“](#)
- [Pazifismus ist Liebe zum Leben](#)
- [Zur Friedensbewegung und ihrem neuen Anlass](#)

teilen

teilen

teilen

E-Mail

teilen



Unterstützen Sie das Overton Magazin und seine Unabhängigkeit!

Schlagwörter: [Friedensbewegung](#), [Kriegsdienstverweigerung](#), [Pazifisten](#), [Serbien-Krieg](#), [Wehrdienst](#)

32 Kommentare



Otto0815 sagt:

27. Dezember 2024 um 16:03 Uhr

Sehr schön. Ja, wo sind sie geblieben bei echten KDVler?

Eine Gesellschaft die keinen Widerstand leisten will wird unweigerlich in einem Vernichtungskrieg landen.

Antikriegslied eines französischen Pazifisten entstanden zur Zeit des Algerienkonflikts in den 50er Jahren. Übersetzt und vertont von der deutschen Gruppe "Zupfgeigenhansel" in den 70er Jahren.

German version of the famous anti-war song "Le deserteur" by Boris Vian

<https://www.youtube.com/watch?v=pMN41E6AsVk>

[Antworten](#)



micapi sagt:

27. Dezember 2024 um 17:43 Uhr

Wer die Moral, die immer eine persönliche ist – außer man ist religiös organisiert – nicht in praktische Ziele übersetzen kann, neigt zum `Wankelmut'. In meinem Umfeld drückt sich das darin aus, dass man auf einmal den Antifaschismus für wichtiger hält, als die Freiheit von Krieg (= bewaffnete Auseinandersetzung im Interesse der Herrschenden). Es ist immer einfacher, sich an der Wortwahl der Herrschenden zu orientieren. Wer sich über die eigenen Interessen nicht im Klaren ist, kann nicht vernünftig entscheiden, was er will. Moral und Interesse sind bekanntlich nicht dasselbe.

[Antworten](#)



1211 sagt:

27. Dezember 2024 um 17:57 Uhr

Ich denke, wir sollten uns keine Illusionen machen. Die Wehrpflicht wird wieder in Kraft gesetzt und sie wird nicht so lässig zu umgehen sein, wie man es in Westdeutschland dereinst konnte und wie der Autor es beschreibt. Für die Meisten in diesem Land wird sie gar nicht zu vermeiden sein, egal was in irgendwelchen Gesetzen oder Verordnungen stehen wird. Ob sie unsere Söhne auf der Straße einfangen, wie wir das aus der Ukraine kennen, sei dahingestellt. Es geht hier vielleicht geordneter zu. Wir sind schließlich Deutsche und haben im Geschäft des planmäßigen Mordens viel Erfahrung in unserer Geschichte gesammelt. Ist vielleicht die einzige uns verbliebene Kernkompetenz. Und es bedarf keiner prophetischen Gaben, um zu wissen, dass keiner der Söhne der Leyen im Graben verrecken wird. Es sind sehr sicher unsere Söhne, die für den Wahn der politischen Klasse sterben soll.

Über alles andere brauchen wir nicht nachzudenken. Es wird kein Recht auf Kriegsdienstverweigerung mehr geben. Nicht für uns und unsere Kinder. Sowenig, wie Presse- und Meinungsfreiheit die nächsten Jahre überstehen werden.

[Antworten](#)

[4 Antworten auf diesen Kommentar anzeigen ▼](#)



B.Hohl sagt:

27. Dezember 2024 um 18:15 Uhr

Der Autor schreibt :

“Das ist die logische Konsequenz des hoch geschätzten Grundrechts aus Artikel 4,3 Grundgesetz. Man darf den Kriegsdienst nur aus Gewissensgründen verweigern. Man darf nicht mit politischen Einwänden gegen die Beteiligung an einem Krieg antreten, etwa mit einer Kritik am imperialen Ausgreifen der eigenen Nation ”

Das mit der Verweigerung ist bei mir jetzt 37 Jahre her. Wenn ich mich recht erinnere, dann gab es drei Kategorien von Verweigerungsgründen :

- die aus religiösen Gründen
- die aus Gewissensgründen
- die aus politischen Gründen

Die letztgenannte Variante galt als diejenige, die kaum Chancen hatte von den “Gewissensprüfern

anerkannt zu werden. Wenn ich mich recht erinnere habe ich eine Kombination aus Grund 2 + 3 versucht und bin damit durchgekommen.

Trotzdem : Die ganze Prozedur war würdelos und ein schwerer Fall von staatlicher Übergriffigkeit ins Privatleben.

Wenn diese beschissene Wehrpflicht wieder eingeführt werden sollte, dann muß unbedingt zeitgleich das Recht auf totale Kriegsdienstverweigerung per Sprechakt eingeführt werden, und zwar ohne die entwürdigende Pflicht zur Gewissensprüfung und ohne die Pflicht zu einem entwürdigenden Ersatzdienst; im Idealfall sollte es ein Bundesland geben, dessen Bewohner per se von jedem Kriegs- u. Ersatzdienst befreit sind, so wie es vor '89 in Westberlin der Fall war.

Ein Traum, wenn dieses Bundesland auch noch frei von jeglicher Verschmutzung durch die Anwesenheit von Soldaten und Kriegsgerät wäre; ein solches Bundesland böte eine echte Alternative zum Auswandern.

[Antworten](#)

[1 Antwort auf diesen Kommentar anzeigen ▼](#)



Areion sagt:

27. Dezember 2024 um 18:20 Uhr

Brüder!

Bruder Johannes erinnert in seinem Artikel an den Wandel von der Kriegsdienstverweigerung hin zur Unterstützung des Militarismus, was mich als Friedensbefürworter tief bewegt.

Im Islam ist Frieden eine der höchsten Tugenden. Der heilige Koran fordert uns auf, Streit zu schlichten, Konflikte mit Weisheit zu lösen und mit Geduld und Liebe zu antworten, auch wenn man auf Unwissenheit oder Provokationen trifft. Lest Sure 25,63:

„Und die Diener des Erbarmers sind diejenigen, welche auf Erden sanftmütig wandeln; und, wenn die Toren sie anreden, sprechen sie: „Frieden!““

Der Glaube an und der Einsatz für den Frieden sind uns eine heilige Verpflichtung gegenüber der gesamten Menschheit!

Gewalt ist im Islam nur erlaubt, um sich zu verteidigen oder eine bestehende Unterdrückung zu beenden. Das ist vergleichbar mit der Notwehr im deutschen Recht, da sie nur dann zulässig ist, wenn es keine anderen Möglichkeiten zu handeln gibt. Lest Sure 2,190:

„Und bekämpft in Gottes Pfad, wer euch bekämpft; doch übertretet nicht; siehe, Gott liebt nicht die Übertreter.“

Gewalt darf nie das bevorzugte Mittel sein! Deshalb ist Kriegsdienstverweigerung inhärent islamisch.

Die politischen Wendung von früheren Pazifisten, die nun Kriege unterstützen, zeigt uns vielmehr die Gefahr der Abkehr von ethischen Prinzipien. Der heilige Koran jedoch fordert uns auf, in Gerechtigkeit standhaft zu bleiben, auch wenn es unbequem ist. Lest Sure 4,135:

„O ihr, die ihr glaubt, bleibt fest in der Gerechtigkeit, so ihr Zeugnis ablegt zu Gott, und sei es auch wider euch selber oder eure Eltern und Verwandten, handle es sich um arm oder reich, denn Gott steht näher als beide. Und folgert nicht der Leidenschaft, dass ihr abweicht vom Recht. Ob ihr euch auch hin- und herwendet und abkehret, siehe, Gott weiß, was ihr tut.“

Als jemand, der die Folgen von Krieg und Gewalt aus der Nähe gesehen hat, der die Bilder

von den Verbrechen gegen die Menschen in Trang Bang, Falludscha oder heute in Gaza vor Augen hat, kann ich nicht anders, als mich für den Frieden einzusetzen. Der Islam fordert uns auf, Konflikte mit Weisheit und Gerechtigkeit zu lösen. Lest Sure 8,61:

„Sind sie aber zum Frieden geneigt, so sei auch du ihm geneigt und vertrau auf Gott; siehe, Er ist der Hörende, der Wissende.“

Dies zeigt, dass die Notwehr im Islam nur so lange gerechtfertigt ist, wie der Gegner Gewalt anwendet. Sobald der andere von ihr ablässt und Frieden sucht, endet die Rechtfertigung zur Verteidigung, und der Weg des Friedens ist Trumpf!

Brüder, lasst uns daran erinnern, dass unser Weg der Weg des Friedens ist. Wir dürfen nicht den Verführungen Schaitans erliegen, der uns mit Hass und Gewalt verlocken will. Er wird uns glauben machen, dass Krieg die Lösung für Konflikte ist und dass Rache oder Zerstörung der Weg zu Gerechtigkeit führen. Das ist falsch! Auch in schwierigen Zeiten dürfen wir niemals den Versuchungen der Gewalt erliegen, sondern sollten uns stets bemühen Brücken des Friedens bauen und uns für Versöhnung einsetzen. Lasst uns mit unserem Handeln zeigen, dass der wahre Sieg im Frieden und nicht im Krieg liegt.

Friede sei mit euch!

[Antworten](#)



Hans-Joachim Wiese sagt:

27. Dezember 2024 um 18:50 Uhr

Mir fällt auf, dass die Frage nach der Verantwortung für die Beendigung eines mörderischen Krieges durch ein kriegerisches Eingreifen (Jugoslawien) sich in der Frage nach dem Gewissen eines Kriegsdienstverweigerers wiederholt. Das liegt im Text von Schillo vor. Diese Verpflichtung auf eine subjektive, individuelle und im Kriegsfall verallgemeinerte Moralität ist Erklärungsfeindlich, sie umgeht die Vernunft als Möglichkeit einer Handlungsanleitung. Das ist der Rationalität der bürgerlichen Gesellschaft immanent: Sie kann rational mit ihren Mitteln umgehen, verweigert aber jede überindividuelle, nicht private Erklärung ihrer Entscheidungen. Das geht heute wieder so richtig los – an allen Entscheidungsstellen. So eine Scheiße!!!

[Antworten](#)



PfefferundSalz sagt:

27. Dezember 2024 um 19:31 Uhr

Nun, wenn die Deutschen Krieg führen wollen, dann werden die Russen schon eine Antwort haben. Bis die Deutschen nämlich von einer Friedensarmee zu einer Kriegarmee geworden sind, gibt es bereit hunderttausende deutscher Gräber. Und anschließend wird es nicht mehr genügend Deutsche geben, die überhaupt kämpfen können. Ich gehe auch davon aus, dass es dann sehr große Migrationsbewegungen geben wird – diesmal in die andere Richtung. Hoffentlich bekommen wir dann auch in Afrika, im Nahen Osten und anderswo Asyl. Wir werden es brauchen.

Übrigens wird dann auch die Geburtenrate von 1,3 Kindern auf einen deutlich niedrigeren Wert fallen. Ich gehe davon aus, dass es nach dem nächsten Krieg kein Deutschland mehr geben wird, so wie es heute schon praktisch keine Ukraine mehr gibt.

[Antworten](#)



Gabriele Kammerer sagt:

27. Dezember 2024 um 20:01 Uhr

Hier schreiben ja überwiegend Ältere. Geschätzt 70 +.

Vielleicht wäre es angemessen, die Zukunft, die ja unsere nicht mehr ist, denen zu überlassen, die sie noch erleben können, sofern sie es wollen.

Und wenn sie sich nicht interessieren, keine Zeit haben, anderes für wichtiger halten, sollte man ihnen vielleicht schlicht sagen:

wir kümmern uns nicht mehr. Wir haben gelebt. Jetzt seid Ihr dran.

Vielleicht: hört so der Infantilismus auf.

Vielleicht aber auch nicht.

Es nicht zu wissen, werden wir noch aushalten müssen. Alles andere betrifft die Nachgeborenen.

[Antworten](#)

7 Antworten auf diesen Kommentar anzeigen ▼



Martin Mair sagt:

27. Dezember 2024 um 20:36 Uhr

“Militärdienstpflicht” oder “Kriegsdienstpflicht” wäre wohl der passendere Begriff. Schon bei der Verwendung von Begriffen fängt die “Zeitenwende” in Richtung Remilitarisierung der Gesellschaft an. Übrigens: Die Politiker, Journalisten, Professoren, Fabriksbesitzer und Großaktionär*innen sind in der Regel nicht als Kanonenfutter im Schützengraben zu finden, sondern die breite Masse der braven Steuerzahler*innen. Wie fasste schon treffend Hannah Arendt den Aufklärer Immanuel Kant zusammen: “Kein Mensch hat das Recht zu gehorchen”. Daher bedarf es auch keiner umfangreichen Begründung, die Kriegsdienst zu verweigern.

Ein Motto für eine Antikriegskampagne könnte auch lauten: “Krieg ist kein Videospiel”. Dass die unglaubliche und völlig perfide Kriegstreiberei durch Medien und Politik noch so wenig Widerstand hervorruft, könnte damit zu tun haben, dass durch Unsocial Media, Internet, Computerspiele und Schasphone viele Menschen den Bezug zur Realität schon verloren haben.

[Antworten](#)



Martin Mair sagt:

27. Dezember 2024 um 20:42 Uhr

David Henry Thoreaus “Über die Pflicht zum Ungehorsam gegen den Staat” sollte (wieder) zur Pflichtlektüre wacher Bürger werden!

<https://kais-journal.de/ueber-die-pflicht-zum-ungehorsam/>

“Die Mehrzahl der Menschen dient also dem Staat mit ihren Körpern nicht als Menschen, sondern als Maschinen. Sie bilden das stehende Heer und die Miliz, die Gefängniswärter, die Konstabler, Gendarmen etc. In den meisten Fällen bleibt kein Raum mehr für Urteil oder moralisches Gefühl.” (S. 10)

“Unter einer Regierung, die irgend jemanden unrechtmäßig einsperrt, ist das Gefängnis der angemessene Platz für einen gerechten Menschen.” (S. 20)

“Eine Minderheit ist machtlos, wenn sie sich der Mehrheit anpasst; sie ist dann noch nicht einmal eine Minderheit; unwiderstehlich aber ist sie, wenn sie ihr ganzes Gewicht einsetzt.” (S. 20)

Antworten



Stefan Nold sagt:

27. Dezember 2024 um 20:45 Uhr

Erst einmal vielen Dank an den Autor, dass er dem heldenhaften Verteidigern des Vaterlands in unserer Regierung die Hosen herunter gelassen hat. Darauf aufbauend folgende Überlegung:

Es ist eine Sache markig nach der allgemeinen Wehrpflicht zu schreien – sie umzusetzen ist eine andere. Weil die auch die Söhne und Töchter der Meinungsmacher und Entscheider beträfe. Die sollen gemeinsam mit dem Pöbel durch den Dreck robben, von fiesen Ausbildern bis zum Umfallen geschliffen werden? Echt? Damals war das noch so, zumindest teilweise, aber heute? Nein, um die Rüstungsausgaben hochzuschrauben, redet man viel über die allgemeine Wehrpflicht – um dann festzustellen, dass das alles viel zu ineffizient ist. Die Kinder aus gutem Hause dürfen Offizier spielen, wenn sie ansonsten nicht viel auf die Reihe bekommen, und der Pöbel soll froh sein, wenn er für ein Appel und Ei die Drecksarbeit machen darf. Dass diese Berufsarmee dann nur die halbe Personalstärke hat wie eine Armee aus Wehrpflichtigen wird dann als pazifistische Großtat verkauft. Und unsere Medien kaufen denen diese ganzen Winkelzüge einen nach dem anderen ab. Wetten dass? Auf diese Weise werden wir unsere Grenzen nicht verteidigen können (was ja als Ergänzung zur Diplomatie durchaus sinnvoll wäre), aber so können wir den Rüstungsunternehmen unsere Steuermilliarden in den Hals stopfen – und genau das ist der einzige Sinn der ganzen Übung.

PS: Warum liegt das Einberufungsalter in der Ukraine bei stattlichen 25 Jahren? Na, damit die Kinder der Mittel- und Oberschicht studieren können bis der Scheiß-Krieg vorbei ist und die Armen tot sind.

[Antworten](#)

1 Antwort auf diesen Kommentar anzeigen ▼



Luck sagt:

27. Dezember 2024 um 21:02 Uhr

Wenn potentielle Rekruten weder schuss- noch gehorchfest sind: Wird das dann auch als relative Ungeeignetheit für den Wehrdienst gelten?

(Och, es soll ja mittlerweile Kriegs(fähigkeits)dienst heißen...)

Und gibt es überhaupt genügend Offiziere, welche Drohnen von Arbeitsbienen unterscheiden können?

So einfach wie bei den Rindviechern ist es ja nicht. Denn bei diesen gebe manche gelegentlich Milch.

Aber unter "Rindviechern" dürfte das bekannt sein und kein Novum darstellen.

[Antworten](#)



Coroner sagt:

27. Dezember 2024 um 23:43 Uhr

Damals, in den frühen 1970er Jahren meiner Wehrdienstverweigerung ging es um einen möglichen Verteidigungskrieg Deutschlands. Nicht mal die schlimmsten Kriegsfalken in der deutschen Politik waren damals so hirnrissig, öffentlich einen Angriffskrieg gegen die Sowjetunion zu fordern. Die Erinnerung an die verlorenen Schlachten auf russischem Gebiet während des 2. Weltkriegs waren noch frisch.

Heute ist diese Erinnerung verblasst. Eine Frau Kallas, außenpolitische Sprecherin der EU, kann offen die Zerschlagung Russlands in kleinere Teile fordern, ohne dass von den politischen Eliten Kritik kommt.

Es geht heute also um die "Tüchtigkeit" einen Angriffskrieg führen zu können, denn "der Russe" wird nicht in Deutschland einfallen, da hierzulande absolut nichts zu holen ist.

Wenn man ihn also "besiegen," will, muss man gegen ihn in Russland Krieg führen.

Diejenigen, die Krieg gegen Russland führen wollen und dies mittels weitreichender Lenkwaffen ja bereits jetzt aus der Ukraine heraus tun, haben ja bereits vor Februar 2022 sämtliche russischen Medien hierzulande verboten und inzwischen jede unserer Regierung widersprechende Stellungnahme zu dem Krieg in der Ukraine als "prorussisch" unter Strafe gestellt. Wie hier schon andere feststellen: Glaubt jemand im Ernst, dass, wenn die Situation bis zu einer Kriegsbeteiligung deutscher Truppen in der Ukraine eskalieren sollte, es dann noch so etwas wie Kriegsdienstverweigerung hierzulande geben wird?

Wenn es soweit kommt, dass Deutschland direkt Krieg gegen Russland führt, dann werden wir hier ganz andere Probleme bekommen. Russland wird nicht mit Soldaten in Deutschland einfallen, sondern wir werden Russlands hochpräzise und hyperschallschnelle Distanzwaffen zu spüren bekommen. Gegen alle bedeutenden militärischen Nato Einrichtungen hierzulande:

Ramstein, Wiesbaden, Büchel, Rostock,

Gegen diese russischen Waffen haben wir keine Abwehrmöglichkeiten, sie werden ihre Ziele treffen. Das werden auch 100 000 in Litauen stationierte deutsche Soldaten nicht verhindern können. Und falls die sich dann kriegerisch gegen Russland richten sollten, dann werden sie bald zu den Hunderttausenden ukrainischen toten Soldaten hinzuzurechnen sein.

Am Ende eines Krieges gegen Russland wird hierzulande soviel Infrastruktur zerstört und Menschen getötet sein, dass sich unser Land über viele Jahrzehnte hinweg nicht mehr erholen wird. Und das gilt für den glimpflichsten Verlauf, dass die nuklearen Waffen Russlands nicht zum Einsatz kommen.

Es ist allerhöchste Zeit, die wahnsinnigen Kriegstreiber in unseren politischen "Eliten" zu stoppen!